

Aus der Arbeit des Gemeinderats – Sitzung am 17. Oktober 2011

Hauptthemen der jüngsten Gemeinderatssitzung war neben der Feststellung der Jahresrechnung 2010 auch die weitere Planung für die Sanierung des Heuchlinger Friedhofs.

Schreiben des Regierungspräsidenten zu weiteren „Hürden“ beim Ausbau der L 1158 sorgt für Unmut im Gemeinderat

Noch vor Einstieg in die Tagesordnung nahm Bürgermeister Lang die Bürgerfragestunde zum Anlass, seinen Ärger über ein Schreiben des Regierungspräsidenten Johannes Schmalzl an Landrat Klaus Pavel zum geplanten **Ausbau der Landesstraße Möggingen – Heuchlingen**, zu äußern.

Rückblickend auf die vergangenen Jahre zeigte sich Bürgermeister Lang erbost darüber, dass Politik und Regierungspräsidium seit Jahren in einer „Salamitaktik“ die Maßnahme scheinbar eher bremsen als beschleunigen. Immer wenn eine plötzlich notwendig gewordene Voraussetzung für den Bau erfüllt war und alle mit einem zeitnahen Baubeginn rechnen, wird „in Stuttgart ein neues Verhinderungs-Karnickel aus dem Hut gezaubert“. Die im letzten Schreiben jetzt plötzlich genannten Punkte „noch offene Gesamt-Finanzierung der Maßnahme“ und „fehlender Grunderwerb“ könnten laut Regierungspräsidium die für Januar 2012 angedachte Ausschreibung noch gefährden und dafür sorgen, dass auf längere Sicht wieder nichts oder doch nur der erste Abschnitt begonnen werden kann. Dies sorgte für großen Unmut bei den Gemeinderäten. Wurde doch von der Politik seit Jahren und auch heute stets zugesichert, dass die Finanzierung der Maßnahme gesichert war und ist. Ärgerlich ist auch, dass der noch nicht durchgeführte Grunderwerb auf dem Abschnitt „Heuchlingen“ nun plötzlich als neuer Hinderungsgrund für die Gesamtmaßnahme herangezogen wird. Die Notwendigkeit des Grunderwerbs war dem für die Durchführung zuständigen Regierungspräsidium seit langem bekannt. Die Gemeinde Heuchlingen hatte seit langem und mehrfach das Regierungspräsidium gedrängt, mit dem Grunderwerb möglichst frühzeitig und rechtzeitig zu beginnen. Nachdem jedoch absehbar wurde, dass das Regierungspräsidium ein Planfeststellungsverfahren als notwendig erachtet und dieses anordnet hat, wurde ein vorzeitiger Grunderwerb vom Land stets abgelehnt. Das stete Drängen der Gemeinde frühzeitig hiermit zu beginnen wurde stets mit dem Hinweis abgelehnt, dass der Grunderwerb erst beginnen kann, wenn das Planfeststellungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Gemeinde hat soweit es ihr selber möglich war noch verschiedene Vorarbeiten geleistet und z.B. das für den Ausbau dringend benötigte Grundstück „des Obst- und Gartenbauvereins“ vorab erworben oder eine Gemeindefläche als Ausgleichsfläche zur Verfügung gestellt. Nachdem der Planfeststellungsbeschluss Ende Mai 2011 rechtskräftig wurde, beginnt das Regierungspräsidium nun Ende Oktober mit den konkreten Grunderwerbsverhandlungen.

Bürgermeister und Gemeinderäte sahen den Ablauf der ganzen Maßnahme als „für den Normalbürger“ absolut nicht mehr nachvollziehbar an.

Friedhof soll 2013 weiter saniert und mit zusätzlichen Urnengrabstätten ausgestattet werden

Bereits mehrfach hatte der Gemeinderat über die anstehende Sanierung eines zweiten Abschnitts im Friedhof beraten und sich Vor-Ort einen Eindruck des Bestands verschafft. Stefan Kalmus vom Büro LK&P. stellte die konkreten Planungen vor, die neben der Sanierung eines weiteren Teils der Erdgräber und des Wegenetzes auch die Anlegung eines neuen Urnenbereichs vorsieht. Geplant ist die Urnennischen-Gräber in 3 voneinander getrennte Einzelstandorte aufzuteilen, so dass die von unten her zweireihigen und auf der Rückseite einreihigen Urnenwände optisch nicht zu massiv wirken. Insgesamt können so 3 x 24 Urnennischen geschaffen werden. Ebenfalls in die Planung integriert ist eine bedarfsgerechte Erweiterung der Bestattungsmöglichkeiten für Urnen-Erdgräber. Mit dieser Planung wird seitens des Gemeinderats der deutlich gestiegenen Nachfrage nach Urnenbestattungsmöglichkeiten Rechnung getragen. Durch die jetzt geplante umfangreiche

Maßnahme mit einem Kostenvolumen von ca. 250.000 € kann der Bedarf nach verschiedenartigen Grabstätten für einen längeren Zeitraum abgedeckt werden und ein weiterer Teil des Friedhofs neu gestaltet und saniert werden.

Das Büro LK&P und die Verwaltung wurden beauftragt, die nun festgelegte Planung und die Kostenschätzung zu konkretisieren. Auf dieser Grundlage soll zum 01.02.2012 ein Antrag auf einen Zuschuss aus dem Ausgleichstock gestellt werden. Die Entscheidung über den Zuschussantrag erfolgt voraussichtlich bis ca. Juni 2012. Bei einer entsprechenden Zuschussbewilligung soll dann die Maßnahme ausgeschrieben werden um einen Baubeginn im Frühjahr 2013 und eine Fertigstellung im Herbst 2013 zu ermöglichen.

Jahresrechnung 2010 schließt mit einem erfreulich positiven Ergebnis

Verbandskämmerer Peter Böttigheimer stellte dem Gemeinderat die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2010 vor und erläuterte verschiedene Positionen.

Das **Haushaltsvolumen** mit insgesamt 4.212.907,06 € ist um 260.156,94 € niedriger als geplant. Im **Verwaltungshaushalt** wurde bei der Haushaltsplanaufstellung auf größere Unterhaltungsmaßnahmen verzichtet. Insgesamt ist es gelungen, aus dem laufenden Betrieb eine erfreulich positive Netto-Investitionsrate (freie Spitze für Investitionen) in Höhe von 208.012 € zu erwirtschaften.

Die im **Vermögenshaushalt** für 2010 geplanten Investitionen wurden bis auf den zurückgestellten Grunderwerb für ein neues Baugebiet umgesetzt. Schwerpunkt der Investitionen war die Maßnahme „Brühlstraße“. Weitere größere Ausgaben betrafen die Feuerwehr (MTW) und den Kindergarten (verschiedene Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes).

Die **Verschuldung** wurde weiter abgebaut und beträgt zum 31.12.2010 nur noch 13.304 € (= 7 € pro Einwohner).

Die **Allgemeine Rücklage** wurde in den einkommensstarken Haushaltsjahren gebildet und ist nun die Grundlage, um laufende und anstehende große Investitionen kontinuierlich zumindest anzufinanzieren.

Dank des guten Rechnungsergebnisses konnte die Rücklage um 123.430 € aufgestockt werden. Sie beträgt Ende 2010 damit 732.636 €. Die Rücklage wird jedoch im Haushaltsjahr 2011 und 2012 durch die hier anfallenden Zahlungen für die Maßnahmen „Brühlstraße“ und „Grundschulsanierung“ wieder aufgebraucht.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass im Rechnungsjahr 2010 die Gemeinde Heuchlingen verglichen mit den hier geplanten Zahlen sehr gut abgeschnitten hat. Die Gründe für diese Ergebnisverbesserung liegen neben einer sparsamen Haushaltsführung und Reduzierung auf notwendigste Aufgaben vor allem in so nicht zu erwartenden „Aufschwung in Deutschland“. Hiervon haben alle Gemeinden – auch Heuchlingen – deutlich profitiert. Deswegen konnten die bei der Haushaltsplanaufstellung noch gemachten „düsteren Prognosen“ vermieden werden.

Der Gemeinderat stellte die vorgestellte Jahresrechnung 2010 einstimmig fest und dankte Kämmerer Peter Böttigheimer und dem Team der Verbandskämmerei für die gute Arbeit übers Jahr hinweg.

Anschließend gab Verbandskämmerer Böttigheimer noch einen kurzen Überblick über das laufende **Haushaltsjahr 2011**. Nach derzeitigem Stand macht sich auch hier die unerwartet gute Konjunktur im Land bemerkbar und die Gemeinde kann hier mit dem angesichts der vielen anstehenden Aufgaben auch notwendigen – positiven Ergebnis rechnen.

Bausachen

Einem Gartenhaus im Neubaugebiet Gehren wurde das Einvernehmen erteilt unter der Maßgabe, dass zur Grenze in den Außenbereich ein Mindestabstand eingehalten wird. Einer Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage in der Schloßstraße wurde das Einvernehmen versagt, da angesichts der Lage im Bereich eines FFH-Gebiets der Naturschutz keine Genehmigungsfähigkeit sieht. Ebenfalls liegt das Vorhaben entsprechend dem gültigen Flächennutzungsplan im Außenbereich.

Sonstiges

In Vorbereitung der **Volksabstimmung „S 21“** am 27.11.2011 wurde der Abstimmungs- und Briefabstimmungsvorstand aus Mitgliedern des Gemeinderats und Mitarbeitern der Gemeinde gebildet.

Zur „**Baustelle Schule**“ berichtete Bürgermeister Lang, dass die Fa. Astra mit den Arbeiten an den Außenanlagen in den nächsten Tagen beginnen wird.

Am 02. Dezember soll mit einem „Tag der offenen Schule – unsere neue alte Schule stellt sich vor“ die Fertigstellung der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Anfragen** moniert ein Gemeinderat, dass er des öfteren beobachtet hat, wie jugendliche Radfahrer am Spielplatz bei der Gemeindehalle die dort spielenden Kleinkinder gefährden. Beim Zurechtweisen zeigen sich diese jedoch recht uneinsichtig. Hier wurde an die Vernunft und auch an die Eltern appelliert.

Anschließend beriet der Gemeinderat nichtöffentlich weiter.